

# Positionierung zum Service citoyen

Verabschiedet vom CIVIVA-Vorstand am 10. Januar 2023

Ausgangspunkt für die Positionierung von CIVIVA zum Service citoyen ist unsere Vision: Solange die Wehrpflicht in der Schweiz besteht, muss der zivile Ersatzdienst zur Militärdienstpflicht geschützt und weiterentwickelt werden. Der Zivildienst bietet eine sinnvolle und kosteneffiziente Alternative zum Militärdienst, trägt einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt der Schweiz bei und erfüllt eine wichtige Funktion der sozialen Integration junger Menschen.

CIVIVA begrüsst, dass die Initiative der wichtigen Debatte über die Zukunft des Dienstpflichtsystems Aufwind verleiht. Die mit der Initiative formulierten Anliegen zollen der Arbeit, welche der Zivildienst heute schon täglich leistet, in einem gewissen Masse Anerkennung und wertet ihn auf. CIVIVA teilt auch die Ansicht, dass ein Dienst an Gesellschaft und Umwelt wertvoll für uns alle ist. Weiter unterstützen wir im Grundsatz das Bestreben, dass sich junge Menschen für die Allgemeinheit engagieren.

Gleichzeitig sehen wir als Zivildienstverband verschiedene problematische Elemente der Initiative. Auch wenn die Umsetzung der Initiative noch nicht geklärt ist, sind wir der Auffassung, dass eine detaillierte, kritische Positionierung dazu notwendig ist.

## Zwangsarbeit ist menschenrechtswidrig

Die Pflicht, einen Dienst zu leisten, widerspricht in unseren Augen dem [Verbot von Zwangsarbeit](#), welches auch die Schweiz ratifiziert hat und 1959 in Kraft getreten ist. Wird die Initiative angenommen und umgesetzt, wären [gemäss Schätzungen](#) jährlich rund 80'000 junge Menschen gezwungen, einen Dienst zu leisten.

Die Initiative möchte Anreize für mehr Hilfe und Solidarität schaffen. Eine Verpflichtung, solidarisch zu sein und zu helfen widerspricht aber diesem Ziel. Solidarität und gesellschaftliches Engagement können nicht mit staatlichem Zwang heraufbeschworen werden. Mit einem erzwungenen Dienst werden die Interessen und Fähigkeiten einer ganzen Generation von jungen Menschen in den Hintergrund gestellt und Ausbildungen sowie Projekte, die allenfalls nicht als Dienst anerkannt werden würden, verschoben. Dies könnte dazu führen, dass mit der Initiative das Gegenteil bewirkt wird: ein mühsames, unmotiviertes Abarbeiten einer Verpflichtung und eine Verdrängung von niederschweligen und kreativen Projekten, die auf Eigeninitiative beruhen.

## Hierarchisierung der Dienstformen

Mit der geforderten Garantie zur Erfüllung der Armee- und Zivilschutzbestände würde erneut eine Hierarchisierung der Dienstformen eingeführt. Heute besteht bereits keine freie Wahl, Zivildienstleistende müssen mit einem 1.5-mal längeren Dienst den Tatbeweis erbringen. Mit der von der Initiative verlangten Sicherung der Armeebestände könnte überdies die Diensterfüllung in der Armee erzwungen werden. So könnten junge Menschen gezwungen werden, Militärdienst zu leisten, sollten die Bestände nicht garantiert sein.

Gleichzeitig würde der heute in der Verfassung festgeschriebene zivile Ersatzdienst (Zivildienst) gestrichen. Damit wird die Möglichkeit der Militärdienstverweigerung unterlaufen. Es muss jedoch für alle dienstpflichtigen Menschen jederzeit möglich sein, einen zivilen Dienst zu leisten, würden sie zu einem Einsatz in der Armee verpflichtet oder wenn zu einem späteren Zeitpunkt während der Diensterfüllung in der Armee ein Gewissenskonflikt auftritt. Dem anzufügen ist, dass die Einführung eines verpflichtenden Dienstes für die Allgemeinheit mit einer grossen Kostenunsicherheit verbunden

ist.

## **Druck auf Pflegepersonal steigt**

Es liegt auf der Hand, dass es in Bereichen, in denen bereits heute akuter Personalmangel aufgrund fehlender Ausbildungsplätze sowie schlechter Arbeits- und Rahmenbedingungen herrscht, zu noch mehr Diensteinsätzen kommen würde. Anstatt die schlechten Arbeitsbedingungen zu verbessern, könnte es für beispielsweise Pflegeinstitutionen attraktiver sein, nichtausgebildetes, schlecht bezahltes Personal aus dem Pool an „zwangsleistenden“ jungen Menschen zu schöpfen – was wiederum den Druck auf die Anstellung und Entlohnung von ausgebildetem Personal massiv verschärfen würde. Das Bundesamt für Zivildienst garantiert aktuell, dass die Einsätze arbeitsmarktneutral sind, wie vom Gesetz vorgesehen. Es ist fraglich, ob bei einer Vervielfachung der Dienstleistenden diese, abgesehen von den administrativen Mehraufwänden, noch gewährleistet werden könnte und ob es beispielsweise nicht zu Konkurrenzsituationen mit Praktikumsstellen kommen könnte.

## **Freiwilliges Engagement und Care-Arbeit werden unterminiert**

Wie bereits angetönt, gehen wir davon aus, dass ein Zwang, sich für Gesellschaft und Umwelt engagieren zu müssen, einen gegenteiligen Effekt haben könnte. Die abertausenden Vereine in der Schweiz bestehen nur dank dem unermüdlichen Einsatz von freiwilligem und frei gewähltem Engagement. Engagierte Freiwillige identifizieren sich mit den Zielen eines Vereines, tragen einen massgeblichen Teil der Arbeit mit, sichern das Bestehen. Ein Dienstzwang könnte dazu führen, dass das freiwillige Engagement abnehmen könnte – was fatale Folgen hätte: im Corona-Jahr 2020 wurden gemäss [Bundesamt für Statistik](#) rund 620 Millionen Stunden Arbeit pro Jahr durch freiwillige Mitarbeiter\*innen geleistet.

Dass die Initiative fordert, die Dienstpflicht auf Frauen auszuweiten, stellt einen gleichstellungspolitischen Rückschritt dar. Frauen leisten heute den Grossteil unbezahlter Care-Arbeit – sei dies betreffend Kinder, pflegebedürftigen Familienangehörigen oder Bekannten. Die Initiative sieht die Anerkennung dieser systemrelevanten Arbeit nicht vor und torpediert diese mit der Einführung einer Pflicht richtiggehend.

Es ist überdies unklar, welches Engagement als allfälligen Bürger\*innendienst angerechnet würde. Wäre ein Engagement bei der freiwilligen Feuerwehr ebenso anerkannt wie ein Aktivist in der Klimajugend oder einer Jugendparlamentarierin?

## **Fazit**

Alle diese Argumente lassen uns zum Schluss kommen, dass die Initiative „Für eine engagierte Schweiz“ dezidiert abzulehnen ist.

CIVIVA schlägt verschiedene konkrete Massnahmen vor, um das Engagement für Gesellschaft und Umwelt zu stärken:

- Dienstdauer des Zivildienstes an die Armee angleichen
- Flexibilisierung der Einsatzbedingungen
- Freiwilliger und direkter Zugang zum Zivildienst für Frauen, Personen ohne Schweizer Pass und militärdienstuntaugliche Personen

Weiterführende Dokumente:

- [https://www.zivildienst.ch/fileadmin/user\\_upload/CIVIVA\\_Positionspapier\\_Mai\\_2017.pdf](https://www.zivildienst.ch/fileadmin/user_upload/CIVIVA_Positionspapier_Mai_2017.pdf)
- [https://www.zivildienst.ch/fileadmin/user\\_upload/Wording\\_Service\\_Citoyen\\_von\\_CIVIVA\\_def\\_DE.pdf](https://www.zivildienst.ch/fileadmin/user_upload/Wording_Service_Citoyen_von_CIVIVA_def_DE.pdf)